

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei den Anzeigenstellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,50 RM., bei Postbestellung 3 RM. jährlich. Einzelhefte 10 Pf. Wochensatz 60 Pf. Wochensatz für Wilsdruff u. Umgegend 40 Pf. Postboten und außer-Wohnortzuschlag zu jeder Zeit. Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besetzt kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises. — Rücksendung eingekaufter Hefen erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: Die 4-spaltige Zeile 20 Rpf., die 2-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Rpf., die 3-spaltige Reklameweile im täglichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Sonstige und Platzanzeigen nach Vereinbarung. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Für die Rückgabe von eingegangenen Anzeigen keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Bezugsnehmer die Anzeigen nicht abholt oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermitlungsbüros entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 2-6 — 89. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Sonnabend, den 27. Sept. 1930

Ueberspitzungen.

Prozesse. — „Flucht aus der Aktie.“ — Schobers Rücktritt Reichstag und Reichshalle.

Die brausenden Fluten der „hochpolitischen“ Prozesse haben einen derartigen Lärm vollführt, daß sie demgegenüber sogar die Ereignisse an den deutschen Börsen kaum zu Gehör bringen, Beachtung erzwingen konnten. Und gerade darum darf und muß man die fähle Frage stellen, was denn nun eigentlich von größerer Bedeutung, von schwererem Gewicht für Deutschland ist ob also parteipolitische Auseinandersetzungen und Gegenjählichkeiten oder das schnelle Sinken des Wirtschaftsbaremeters, der Börse. Natürlich sind jene Erregungen jene Debatten um Wesen, Ziel und politische Methoden vor allem um die politische Bedeutung der Nationalsozialisten für die Weiterentwicklung in Deutschland nicht ohne Rückwirkung auf die Börse gewesen. Aber es ist doch mehr als fraglich, ob die Kurseinbrüche an den deutschen Börsen der Ausdruck einer Art Massenpanik unter den Besitzern von Wertpapieren waren, sind oder noch sein werden; liegt doch gerade die verhängnisvolle Schwäche unserer Börsen darin, daß eine „zweite Hand“, also ein Wertpapiere besitzendes breites Publikum, überhaupt nicht oder nur in geringem Umfang vorhanden ist. Die „Flucht aus der Aktie“ ist fast reiflos vollzogen, Käufer aus der Kreisen der mittleren und kleineren Kapitalbesitzer gib es so gut wie gar nicht mehr, so daß die Börse im Bewußtsein ihrer Schwäche überaus, geradezu mimosenhaft empfindlich geworden ist. Besonders im Sinne eines tief ausgeprägten und daher nur schwer ausrottbaren Pessimismus, dem es noch obendrein seit langen an einer allzu großen Leichtgläubigkeit nicht fehlt! De genügt jede bedeutende Nachricht, jedes pessimistisch angehauchte Gerücht, um rein spekulative Baissifikationen auszulösen, für die es wegen absoluten Fehlens jeder Nachfrage aus dem Publikum keine Gegenbewegung gibt. Eine Stützung ist — wenn sie überhaupt erfolgt — vollkommen abhängig von dem Willen und dem Können der Grobhandeln. Vielleicht ist es übertrieben, enthält aber überwiegend Wahres: An der Börse ist die Spekulation unter sich. Natürlich ist das ein Zustand, der volkswirtschaftlich größte Bedenken hervorruft, schon seit langem besteht und daher leider auch wenig Hoffnung auf Besserung zuläßt.

Man darf also die deutsche Börse heute nur mit einigen recht wesentlichen Vorbehalten als Wirtschaftsbaremeter bezeichnen, ebenso übrigens, wie man dies hinsichtlich jener Sensationsprozesse etwa über die politische Situation in Deutschland sagen kann. Wenn das Tribunal zur Szene wird, dann wird das Echo sehr oft überlaut. Wir kennen das in Deutschland aus der breiten Blut politischen Prozesse, bei denen sehr schnell immer die Frage der „politischen Zweckmäßigkeit“ eine wichtige Rolle spielt und die rechtliche Seite in den Hintergrund treten läßt. Das erleben wir aber nicht nur in Deutschland, sondern auch die jetzt ausgebrochene Kabinettskrise in Österreich, der Rücktritt der Regierung Schöber, ist äußerlich durch einen solchen politischen durchdränkten Prozeß herbeigeführt worden; denn seine Folge war ein aufsteigend unheilbar gewordenen Konflikt zwischen Dr. Schöber und seinem Parteigenossen, dem Vizekanzler und Heeresminister Vaugin, und im Anschluß daran eine Spaltung des Kabinetts. Natürlich wirkten dabei „unterirdische“ Differenzen über die politische Haltung der Regierung Schöber letzten Endes entscheidend mit und werden — über jenes Persönliche hinaus — auch das Aussehen des kommenden Kabinetts wesentlich beeinflussen. Die innenpolitischen Vorommnisse haben es aber erreicht, daß Dr. Schöber den größten Teil seiner parlamentarischen Gefolgschaft verlor, obwohl er außenpolitisch für sein Land unstrittig ganz ungewöhnlich große Erfolge erzielen konnte in dem nur einjährigen Zeitraum seiner Kanzlerschaft. Aber die Innenpolitik sprach ein raueres Wort. Was wir in Deutschland so auch oft genug erlebt haben!

Allerdings treibt diese innenpolitische Interessiertheit bisweilen recht sonderbare Blüten, die aber durchaus nicht immer einer reizenden Originalität entbehren. So hat z. B. die Frage, wie die Massen der neuen Reichstagsabgeordneten im Sitzungssaal des Ballotbäuses untergebracht werden sollen, dem Reichstagspräsidenten geradezu eine Flut von Vorschlägen aus „weiteren Volkskreisen“ eingebracht. Eine von diesen Zuschriften z. B. behandelt dieses „Problem“ so etwa à la gordischen Knoten: die Parteien sollen vereinbaren, daß sie alle nur 50 Prozent ihrer Abgeordneten in den Reichstag entsenden. Ganz schön und gut gemeint und das deutsche Volk dürfte in seiner Mehrheit diese Selbstbeschränkung der Parteien mit außerordentlicher Fassung tragen. Woß weiß man nicht, wie denn nun diese Halbierung erfolgen soll, wenn die Fraktionsziffer eine — ungerade Zahl ist, sich also nicht halbieren läßt oder höchstens durch eine Exekution an einem Abgeordneten! Und wie soll die Auswahl derer erfolgen, die nun nach Berlin geschickt werden? Da würde es doch wohl zu recht erheblichen — na, sagen wir: Auseinandersetzungen in den Parteien kommen, weil man doch schließlich das „M. d. A.“ nicht bloß auf der Visitenkarte

Eine Milliarde Fehlbetrag im Reichshaushalt

Berlin, 26. September. Man erwartet in unterrichteten Kreisen, daß am Sonnabend anfänglich der Bekanntgabe des Sanierungsprogramms der Reichsregierung auch genaue Mitteilungen über den zu erwartenden Fehlbetrag im Reichshaushalt gemacht werden. Die Ziffern, die zur Zeit in den Kreisen, die der Reichsregierung nahe stehen, genannt werden, belaufen sich auf etwa 1 Milliarde Mark. Damit wird die Meldung, die noch vor einigen Tagen besprochen wurde, bestätigt. Im einzelnen schätzt man den Fehlbetrag bei der Arbeitslosenversicherung, wie bereits berichtet, auf rund 400 Millionen Mark, während die Mindereinnahmen aus Steuern, Zöllen usw. infolge der Wirtschaftskrise auf 400 bis 500 Millionen Mark beziffert werden. Hinzu treten dann noch mindestens weitere 100 Millionen Mark als Mehraufwendung für die Krisenfürsorge. Insgesamt glaubt man, daß ein zu deckender Betrag für den Reichshaushalt in Höhe von 600 bis 700 Millionen Mark verbleiben wird, wenn die Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge um 2 v. H. die erhofften Mehreträge in vollem Umfange erbringt. Da die Reichsregierung ein weiteres Anziehen der Steuerfahne für wirtschaftlich wie politisch unmöglich hält, bleibt ihr somit kaum etwas anderes übrig, als den Fehlbetrag in seiner Gesamthöhe von voraussichtlich 600 bis 700 Millionen Mark durch einen kurzfristigen Kredit abzudecken, soweit nicht fassen technische Mittel zur Verfügung stehen. Falls ein derartiger Ueberbrückungskredit, der natürlich über das Ende des laufenden Haushaltsjahres hinaus aufgenommen werden müßte, sich als unvermeidlich erweist, dürfte die Reichsregierung, die leg. Schacht, die den laufenden Etat mit 450 Millionen Mark belastet, auch im neuen Haushaltsjahr weiter durchführen müssen.

haben, sondern dieses stolze Amt auch ausüben und in Sitzungssaal wenn auch nicht gerade ein Pult, so doch einen Sessel „besitzen“ will. Oder ein anderer, entschiedener geistvoller Vorschlag: Die Volksboten sollen, bis der Reichstagsbau fertig ist, in dem großen Berliner Varieté „Die Reichshallen“ tagen. Das kann hart und lieblos gemeint sein, kann vermuten lassen, daß der Vater dieses Vorschlages den Betrieb im Reichstag mit Varietévorführungen vergleicht, daß hier wie dort auch die Zuschauer ihr Amüsement haben — aber es kann auch anders gedacht sein, ernsthafter und ohne diesen manchmal durchaus nicht unberechtigten satirischen Spott: Einst hatte ja neben jener „Reichshallen“ der Reichstag sein Heim, ehe er in der stolzen Prunkbau Ballons übergesteckt ist. Und zwar ohne daß damals das räumliche Nebeneinander von Reichstag und Singpieltheater zu solch spöttischen Vergleichen führte. So daß man die Frage beinahe nicht unterdrücken kann, woran und an wem es denn liegt, daß heute derartige Parallelen halb ernsthaft, halb humoristisch gezogen werden. Dr. Pr.

Der Leidensweg 3,5 Millionen Deutscher.

Einspruch des Sudeten deutschen Heimatbundes. Der Sudeten deutsche Heimatbund, die Organisation der heimattreuen Deutschen aus der Tschechoslowakei in Deutschland, erhebt vor der europäischen Öffentlichkeit nachdrücklichst Einspruch gegen die Deutschenverfolgungen in Prag. Diese unerhörten Deutschenverfolgungen und die Haltung der tschechischen Regierung hierzu beweisen wiederum nur zu deutlich, welchen traurigen Leidensweg das 3,5 Millionen Menschen starke Sudetendeutschtum zu gehen gezwungen ist. Alle reichsdeutschen Kreise und Verbände ohne Unterschied der parteipolitischen Stellung werden aufgefordert den Kampf der Sudeten deutschen um Recht und Freiheit nun umso wärmer zu unterstützen, damit eines Tages das himmelschreiende Unrecht der Unterdrückung von 3,5 Millionen Grenzdeutschen sein Ende findet.

Der deutsche Dringlichkeitsantrag zur Memelbeschwerte zugelassen.

Genf, 26. September. Der Völkerbundsrat ist zu Sonnabend vormittag einberufen worden, um zu dem Bericht des Juristenausschusses über den deutschen Dringlichkeitsantrag in der Memelbeschwerte Stellung zu nehmen. Das Gutachten des Juristenausschusses erkennt die Zulässigkeit des deutschen Dringlichkeitsantrages an und lehnt die Einwände der litauischen Regierung als unbegründet ab. Man erwartet, daß der Völkerbundsrat am Sonnabend noch nicht in die sachlichen Beratungen der Beschwerte eintreten, sondern zunächst einen Berichterstatter ernennen wird, der sodann die üblichen Vermittlungsverhandlungen zwischen den beiden beteiligten Regierungen zu führen hat. Es verläuft jedoch, daß von litauischer Seite bereits jetzt Ver-

Die Leistungszulagen bei der Reichsbahn

Die Verhandlungen der Hauptverwaltung mit den Gewerkschaften.

Wie die Deutsche Reichsbahngesellschaft mitteilt, finden zurzeit bei der Hauptverwaltung der Reichsbahn Verhandlungen mit den Gewerkschaften über eine weitere Einschränkung der Arbeiterzahl bei der Reichsbahn statt. Eine Verminderung der Arbeiterzahl hat sich durch den immer weiter zurückgehenden Verkehr als notwendig erwiesen. Eine Verwendung der gefällig von der Reichsbahn jährlich an die Beamten ausbezahlten Leistungszulagen für Arbeiterlohnzwecke, wie es die Gewerkschaften wünschen, kommt für die Reichsbahnverwaltung nicht in Frage.

Diese Leistungszulagen, die mit Rücksicht auf die Finanzlage nur die Hälfte des Betrages ausmachen, der gesetzlich vorgesehen ist, haben sich für eine rationelle Betriebsführung als unentbehrlich erwiesen. Sie kommen der Beamtenschaft zugute, die insgesamt 300 000 Köpfe ausmacht. Falsch ist die Behauptung der Gewerkschaften, daß der größte Teil der Leistungszulagen auf die höheren Beamten entfalle. Richtig sei, daß von den etwa 20 Millionen Mark im Jahre nur 4 Prozent auf die oberen Beamten aller Reichsbahndirektionen kommen.

„Deutschland hat übergenug bezahlt!“

Berlin, 26. September. Zur Lage im Reiche schreibt heute die Badener Nationalzeitung u. a.: Die wichtigste Ursache des Wahlausfalles vom 14. September ist leider gerade in Frankreich übersehen worden: Die durch Fortbestehen des Versailles Vertrages verschärfte Krise der deutschen Wirtschaft. Deutschland hat nun genug und übergenug bezahlt, in Gold und Waren. Sind etwa die Kriegsschäden auf französischem Boden nicht längst repariert. Davon kann sich jeder überzeugen, der das ehemalige französische Kriegsgebiet besucht. Deutschland steigt vor Kapitalarmut, Arbeitslosigkeit und Massen hunger fast auf, während Frankreich moderne Festungen gegen Deutschland baut. So sieht der Mann aus dem Volke in großen Jagen die Lage. Ist sie falsch gesehen? Wenn nicht, ist Frankreich dann nicht mitschuldig an den Zuständen in Deutschland?

suche gemacht werden, sich mit der deutschen Regierung zu verständigen, da man offenbar auf litauischer Seite nicht damit gerechnet hatte, daß die Memelbeschwerte im Völkerbundsrat zur Behandlung gelangen würde. — Der Völkerbundsrat wird in der gleichen Sitzung eine Beschwerte des deutschen Volksbundes in Oberschlesien wegen der Nichtzulassung von 60 Kindern zu den Kinderbewerkschulen in Oberschlesien verhandeln.

Angst vor der Abrüstungskonferenz.

Frankreich möchte sich „nicht überführen“.

Genf, 27. September. Um die Einberufung der allgemeinen Abrüstungskonferenz für 1931 fand am Freitag im Abrüstungsausschuß des Völkerbundes eine scharfe Auseinandersetzung statt. Zur Verhandlung stand der Antrag der deutschen Regierung, die Konferenz 1931 einzuberufen, sowie ein Gegenantrag des Berichterstatters, die Konferenz „sobald wie möglich“ einzuberufen. Der französische Unterstaatssekretär Deraud erklärte, die französische Regierung verlange eine vorsichtige und nicht übereilte Entscheidung. General de Marinis, der italienische Vertreter, erklärte: Italien sei für eine möglichst baldige Einberufung der Konferenz und bereit, den Rüstungsstand auf einen so niedrig wie möglichen Stand herabzusetzen, wenn sämtliche übrigen Mächte sich den gleichen Bedingungen unterwerfen.

Graf Bernstorff hob hervor, daß bereits vor drei Jahren der Beschluß gefaßt worden sei, die Allgemeine Konferenz „sobald wie möglich“ einzuberufen, ohne daß jedoch diese Einberufung bisher erfolgt sei. Es wäre untragbar, heute von neuem eine derart unklare Entscheidung zu fassen, an deren Ernsthaftigkeit kein Mensch mehr glaube.

Der Vorschlag Deutschlands, die Konferenz zu 1931 einzuberufen, wurde gegen die Stimmen von Italien, Deutschland, Ungarn, Österreich, Holland, Dänemark, Schweden und China abgelehnt. Die Kommission nahm dann einstimmig eine Kompromißentscheidung an, nach der der Wunsch an den Völkerbundsrat ausgesprochen wird, die Konferenz für 1931 einzuberufen. Der Völkerbundsrat hat nunmehr freie Hand, die Konferenz 1931 einzuberufen — oder auch nicht.

Heute neuer Roman!

„Das Geheimnis um Maja“